

Die Linke Pankow

9. Hauptversammlung

2. Tagung

7. September 2024



5

Antrag 4

Thema: Klarer Auftrag an unsere Delegierten zum Bundesparteitag

10 **Einreicher*innen:** OV Nordwest

Die Hauptversammlung möge beschließen:

15 Mitglieder der Linken, die als Delegierte den Bezirksverband Pankow vertreten, haben auf dem Parteitag folgende Ansätze zu unterstützen:

- Es gilt das Erfurter Programm, insbesondere in seinen außenpolitischen Aussagen zu Frieden, NATO und gemeinsamer Sicherheit unter Einschluss Russlands, zu verteidigen.
- 20 • Frieden in der Ukraine und Gaza sind **nur** durch Diplomatie und Verhandlungen zu erreichen. Die Linke unterstützt Initiativen hierzu, insbesondere durch Akteure der BRICS+ Staaten.
- Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist keinesfalls „unprovokiert, aus heiterem Himmel ausgebrochen“, sondern Folge der hegemonialen Politik der USA einschließlich seiner Vasallen in Westeuropa und im pazifischen Raum, die die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands negierten.
- 25 • Russophobie – insbesondere angesichts von ca. 27 Millionen Toten Sowjetbürgern durch den von Nazideutschland verursachten 2. Weltkrieg – ist zu bekämpfen. Dies sollte zur „deutschen Staatsdoktrin“ gehören.
- 30 • (völkerrechtswidrige) Sanktionen des Westens gegen Russland sind aufzuheben,
- Sozialpolitik der Linken bleibt so lange hohl, solange aktuelle Einschnitte und Kürzungen mit dem „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“ begründet werden.

35 Richtig ist, dass die Ampelregierung aus ideologischen Gründen auf Rohstofflieferungen (Gas, Öl) aus Russland verzichtete. Richtig ist, dass Gasleitungen

von Polen und der Ukraine geschlossen wurden. Richtig ist auch, dass drei von vier Röhren von Nordstream 1 + 2 in einem Akt des Staatsterrorismus durch die USA gesprengt wurden.

40 Kurz und gut: die Politik der Ampel („Kanonen statt Butter“) und die völkerrechtswidrigen Sanktionen gegen Russland sind durch die Linke als **Ursache** für Einschnitte in das Sozialsystem, steigende Preise und Existenznöte zu benennen und zu bekämpfen.

Gleichzeitig sind folgende Ansätze abzulehnen:

- 45
- Angriffe auf das Programm der Linken (auch sogenannte „Weiterentwicklung“)
 - Waffenlieferungen an die Ukraine
 - Aufrüstung in Deutschland und der NATO insgesamt
 - Stationierung von Marschflugkörpern und Hyperschallraketen US-amerikanischer Produktion auf deutschem Boden

50

Wer diese Grundsätze nicht vertreten kann, sollte auf eine Teilnahme am Parteitag als Delegierter verzichten.

Begründung:

Am 20.-22.10.24 findet der Bundesparteitag der Linken in Halle statt. Delegierte zum Parteitag werden von Gremien, die sie entsenden, gewählt. Deshalb ist es legitim, diesen Delegierten Aufträge zum Abstimmungsverhalten mit auf den Weg zu geben. Im Unterschied zum freien Mandat in Parlamenten sind Delegierte den entsendenden Gremien rechenschaftspflichtig.

Nach der Europawahl und vermutlich ähnlich desaströsen Ergebnissen bei den 3 Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg (diese sind bei der Formulierung dieses Antrages noch nicht bekannt) halten wir den Bundesparteitag für die allerletzte Chance, die Linke vor dem endgültigen Zerschlagen und damit Versinken in der Bedeutungslosigkeit zu bewahren. Deshalb muss dieser Parteitag eine klare, deutlich sichtbare inhaltliche, programmatische und personelle Kehrtwende einleiten. Richtschnur hierfür sollen das gültige Parteiprogramm der Linken und die wissenschaftliche Weltanschauung sein.

Sollte dieser Parteitag das nicht leisten, muss sich jede(r) Delegierte der eigenen Verantwortung für das Ende der Linken bewusst sein. Eine Partei, die 1918 als KPD gegründet wurde, die als SED die Arbeiterparteien SPD und KPD vereinte, die sich als PDS von ihren stalinistischen Deformationen befreite und durch Vereinigung mit der WASG eine Massenbasis in ganz Deutschland erzielte.

Die Bevölkerung wendet sich von der Linken ab, weil mit dem von der Partei propagierten „Linkssein“ eben nicht mehr Gerechtigkeit und Interessenvertretung für die arbeitende Bevölkerung verbunden werden. Die Linke ist nicht mehr als Friedenspartei erkennbar (siehe Distanzierung von der Friedensdemo am 25.02.23 in Berlin).